

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/149

7. August 1972

Rentenreform und Kriegsopferversorgung

CDU/CSU-Vorschläge benachteiligen die
Kriegsopfer

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Das Wesentliche

Sozialliberales Bündnis sichert die Fort-
setzung der Reformpolitik

Seite 2a / 38 Zeilen

Kein Geschäft mit der Wohnungsnot

Darmstadt als Beispiel - Mieter sind
wichtiger als Maklergewinne

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (VI)

Seite 5 und 6 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 646 / 686 647
686 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Rentenreform und Kriegsopferversorgung

CDU/CSU-Vorschläge benachteiligen die Kriegsopfer

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die von der sozialliberalen Koalition verwirklichte Dynamisierung der Kriegsopferrenten ist sozialpolitisch ein großer Erfolg geworden. Zum 1. Januar 1973 werden - verglichen mit Jahresende 1969 - die Kriegsbeschädigtenrenten durchschnittlich um 42 vH., die Kriegerwitwenrenten sogar um 53 vH. erhöht sein.

Die nach langem und hartem politischen Ringen erreichte gleiche Dynamisierung aller Renten wird jetzt durch die von der CDU/CSU betriebene Vorziehung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr, die nur für die Rentenversicherung, aber nicht für die Kriegsopferversorgung gelten soll, gefährdet. Mit diesem unterschiedlichen Vorgehen will die CDU/CSU dem Vorwurf entgehen, sie würde den ohnehin strapazierten Bundeshaushalt (Finanzplan bis 1976) noch zusätzlich mit 1,7 Milliarden DM Kosten für eine vorgezogene Anpassung der Kriegsopferrenten belasten. Ein solches Manöver löst aber das Problem nicht.

Sollte nämlich für die Rentenversicherung eine isolierte Vorziehung der Anpassung tatsächlich rückwirkend vom 1. Juli d.J. beschlossen werden, so muß das zu härtesten Reaktionen der Kriegsopfer führen. Eine Ungleichheit in der Rentendynamisierung können die Kriegsopfer und ihre Verbände nicht hinnehmen. Sie würden mit allen Mitteln darum kämpfen, daß auch die Kriegsopferrenten rückwirkend zum gleichen Zeitpunkt wie die allgemeinen Renten angepaßt werden. Somit führt eine Annahme des CDU/CSU-Antrages zwangsläufig zu einem sozialen Konflikt.

Deshalb sind in der gegenwärtigen Situation, in der die Finanzlage der Rentenversicherung ruht, aber die des Bundes ange-

spannt ist, Verbesserungen von Sozialleistungen so zu gestalten, daß derartige Konflikte vermieden werden. Das ist ein Gebot politischer Verantwortung.

Der zusätzliche Grundbetrag von 20,- DM monatlich, den die sozialliberale Koalition vom 1. Juli d.J. in Einklang mit früheren Regelungen den zehn Millionen Rentnern und Witwen der Rentenversicherung gewähren will, schafft kein Präjudiz für die Kriegsopferversorgung und belastet auch nicht den Bundeshaushalt. Aber dennoch kommt dieser zusätzliche Grundbetrag Millionen von Kriegsopfern, die gleichzeitig Rentner der Rentenversicherung sind, voll zugute, weil keine Anrechnung des Grundbetrages auf andere Sozialleistungen, also auch nicht Kriegsopferrenten, erfolgen soll. Die großen Kriegsopferverbände haben deshalb die von der sozialliberalen Koalition beantragte Einführung des anrechnungsfreien zusätzlichen Grundbetrages ausdrücklich begrüßt.

Die Einführung der flexiblen Altersgrenze nach 35 Versicherungsjahren, einschließlich Ausfallzeiten, vom 63. Lebensjahr an, ist ein Schwerpunkt des Regierungsentwurfs zur Rentenreform. Nach den Beschlüssen der sozialliberalen Koalition sollen Schwerbeschädigte und selbstverständlich auch Schwerkriegsbeschädigte Altersruhegeld bereits vom 62. Lebensjahr an erhalten. Wenn vom 1. Januar 1973 an Schwerbeschädigte drei Jahre früher als nach geltendem Recht aus dem Erwerbsleben ausscheiden können, so werden damit die Bedürfnisse von Menschen, die durch Krieg und andere Lebensschicksale hart getroffen sind, in besonderer Weise berücksichtigt. Die Rentenreform ist deshalb auch ein Beitrag zu mehr Humanität in der Versorgung unserer Kriegsopfer.

(-/ex/7.8.1972/ks)

+ + +

Das Wesentliche

Sozialliberales Bündnis sichert die Fortsetzung der Reformpolitik

Es gibt für die Wähler, die wohl noch in diesem Jahr über die Zusammensetzung des siebenten Deutschen Bundestages zu bestimmen haben, eine klare Alternative. Sie haben die Wahl, darüber zu entscheiden, ob die von der Regierung Brandt/Scheel eingeleitete Reformpolitik fortgesetzt werden oder zum Stillstand gebracht werden soll, der sich verhängnisvoll für Volk und Staat auswirken müsste.

SPD und FDP sind 1969 auf Bundesebene ein Bündnis eingegangen, das sich für unser Gemeinwohl bewährte. Sie blieben die ganze Zeit hindurch loyale Partner, vom Geist der Fairneß durchdrungen. Sie hielten einander Wort und nahmen nur das in Angriff, worauf sie sich im Herbst 1969 im Regierungsprogramm geeinigt hatten. Zwischen beiden Partnern hat es keine die Regierungstätigkeit lähmende Krisensituationen gegeben, ganz zum Unterschied zum letzten Jahr der Großen Koalition in der sich unüberbrückbare Gegensätze zwischen den damaligen Regierungspartnern, der SPD und der CDU/CSU, aufgetan hatten. Die FDP/SPD-Koalition hielt allen Anstürmen stand, und sie kann sich mit gutem Gewissen dem bundesrepublikanischen Wahlvolk stellen. Nur blinde Gehässigkeit vermag die innen- und außenpolitische Erfolgsliste der von Brandt/Scheel regierten Bundesregierung zu überschauen.

Die Unionsparteien, zu verbindlichen Aussagen unfähig, schwimmen in unsicheren Gestaden. Verbal bekunden sie wohl, weil es nicht anders geht, eine gewisse Reformfreudigkeit, doch wenn es auf die Praxis ankommt, betätigen sie sich zumeist als Bremsen oder sie kneifen in Lebensfragen unseres Staates, wie bei der Abstimmung über die Ostverträge. Die Opposition schwankt zwischen deutschnationalen Gehabe und verschwommener europäischer Haltung. In der Verfassung, in der sie sich derzeit befindet, kann sie als Partner nicht ernst genommen werden, sie hat sich selbst aus jeglicher Partnerschaft ausgeschaltet. Auf ihr ruht das Stigma der Unglaubwürdigkeit.

Legitimiert vom Vertrauen der Wähler werden FDP und SPD die für Volk und Staat notwendige Koalition fortsetzen. Sie sichern die Friedens- und Reformpolitik und gibt Europa die Gewißheit einer Kontinuität ohne bedrückende Fragezeichen in norddeutscher Entwicklung. Und das ist das Wesentliche, das alles andere überschattet.

(ae/ez/7,8,1972/ks)

+ - +

Kein Geschäft mit der Wohnungsnot

Darmstadt als Beispiel - Mieter sind wichtiger als Maklergewinne

Georg Leber hält ein städtisches Büro in Darmstadt "für eine beispielhafte Initiative". Darmstadts Sozialdemokraten haben es vor knapp zwei Jahren angeregt. Seit nunmehr gut einem Jahr arbeitet das kommunale Wohnungsvermittlungsbüro, das erste in der Bundesrepublik.

Ein SPD-Ortsverein sprach sich in einem Beschluß für diesen "mieterfreundlichen Makler" aus, die Jungsozialisten unterstützten den Vorschlag. Die SPD-Fraktion im Darmstädter Stadtparlament stellte den Antrag, der in der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1970 eine Mehrheit aus SPD und CDU fand; die FDP war bei einigen Stimmenthaltungen dagegen. Die Darmstädter SPD hat mit diesem Erfolg für die Wohnungssuchenden eine echte und dazu kostenfreie Alternative zu den professionellen und gewinnorientierten Maklerbüros geschaffen.

Ein elementares und lebensnotwendiges Bedürfnis nach einem Dach über dem Kopf darf nicht Gegenstand privaten Gewinnstrebens sein, meinten die Darmstädter Sozialdemokraten. Dies aber geschieht bei der gewerblichen Wohnungsvermittlung.

Angebot und Nachfrage klaffen auf dem Wohnungsmarkt auseinander. Die Zwangslage der Wohnungssuchenden nutzen manche Makler und verlangen gepfefferte Provisionen, in der Regel ein bis zweieinhalb Monatsmieten. Je größer die Wohnungsnot, desto besser die Chance für gute Profite. Am härtesten trifft es die sozial schwachen Gruppen, jene Gruppen, die eine bessere Wohnung meist am dringendsten nötig haben.

Ihren zu helfen, ihnen einen Ausweg aus ihrer Notlage zu schaffen, das war und das ist der Sinn der kommunalen Wohnungsvermittlung. Die SPD schätzt das Wohl und das Interesse tausender Mieter höher und wichtiger ein, als die Profite einer handvoll Makler. Selbst die Darmstädter CDU, leicht zum Arbeitnehmerflügel neigend, mochte sich diesen Argumenten nicht verschließen. Was allerdings die Bonner CDU nicht hinderte, eine mißbilligende

Kleine Anfrage im Bundestag einzubringen (Drucksache VI/1802).

Die FDP in Darmstadt mutmaßte einen Angriff auf die Makler, gar auf die freie Marktwirtschaft. Sie scheint zu glauben, daß die freie Marktwirtschaft dort lebt, wo sich möglichst hohe Gewinne erzielen lassen. Doch das ist das Geschäft mit der Wohnungsnot. Die FDP im benachbarten Offenbach hat Darmstadts Wohnungsnachweis dagegen begrüßt.

Der Darmstädter Magistrat hat dem Amt, das am 1. April 1971 seine Arbeit aufnahm, zwei Funktionen übertragen. Das Büro

- vermittelt Wohnungen und
- stellt den Wohnungsbedarf fest.

Inzwischen lassen sechs gemeinnützige Gesellschaften ihre Wohnungen über diese Stelle vermitteln. Sie besitzen zusammen etwa 12.200 Wohnungen, gut ein Fünftel aller Wohnungen in Darmstadt.

Bis Mitte Juni haben sich 4.370 Wohnungssuchende beworben. Etwa 60 vH. haben Anspruch auf eine Sozialwohnung. In derselben Zeit hat die Stelle 683 Wohnungen vermittelt, davon 113 von privaten Hausbesitzern. Das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage ist eklatant. Es beweist die Wohnungsnot. Von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt, den die CDU bereits vor Jahren in der Bundesrepublik entdeckt zu haben vorgab, ist weit und breit nichts zu sehen.

Festzustellen, wieviele Wohnungen fehlen, ist jedoch die zweite Aufgabe der Vermittlungsstelle. Erstmals liegen präzise Zahlen vor, nicht bloß Schätzungen. Und aus den Wohnungsbewerbungen weiß man, wie sich der Bedarf aufschlüsselt, welche Wohnungen vordringlich zu bauen sind: ein-, zwei-, drei- und vierzimmerige Zimmerwohnungen, im freifinanzierten oder im sozialen Wohnungsbau, als Wohnungen für Notstandsfälle, kinderreiche Familien, für Schwerbeschädigte. Die exakten Zahlen haben den hessischen Innenminister beeindruckt: Er bewilligte den Darmstädtern erheblich aufgestockte Fördermittel.

Darmstadts Oberbürgermeister und SPD-Vorsitzender Heinz-Wilfried Sabais meinte nach einjähriger Arbeit: "Ohne Zweifel hat sich die kommunale Wohnungsvermittlung bewährt". Sie bezeuge, was unter verantwortlichem Verwaltungshandeln zu verstehen sei.

Die Darmstädter SPD will die Arbeit des städtischen Maklers weiter verstärken. Im Darmstadt-Plan III, der ihre Politik nach den Kommunalwahlen im Oktober bestimmen wird, ist der Programmpunkt enthalten: "Ausbau der kommunalen Wohnungsvermittlung".

Michael Löb
(-/ex/7.8.1972/ks)

+ + +

- * * (Die Darmstädter Jungsozialisten haben zum einjährigen
- * * Jubiläum" eine Broschüre veröffentlicht, in der die Ent-
- * * stehungsgeschichte und die Ergebnisse verzeichnet sind. Sie
- * * ist über den Verfasser des Artikels erhältlich: Michael
- * * Löb, 61 Darmstadt, Alfred-Messel-Weg.)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (VI)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören". / Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Kari Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 11. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

"Welt am Sonntag" / Hamburg / 6. Juni 1971

Zu der Bemerkung von Wirtschafts- und Finanzminister Schiller, mit der Sitzung der konzertierten Aktion sei ein Signal gegeben, sagte Strauß: "Herr Schiller ist für seine Wortschöpfungen, aber nicht für seine Erfolge bekannt. Von einem Signal kann keine Rede sein. Das Wachstum des realen Sozialproduktes wird erheblich zurückgehen, die Investitionsfähigkeit der Unternehmer wird abnehmen. Das sind alles Anzeichen für eine Periode der Stagflation".

"Münchener Merkur" / 19. Juni 1971

"Ein abschließendes Urteil im einzelnen ist erst nach genauer Prüfung möglich. Aber diese sogenannte Steuerreform ist eine schwere Enttäuschung und wird für Herrn Schiller ein Reinfail erster Klasse werden. Nun müssen die Koalitionsparteien so tun, als ob. Das heißt, Herr Schiller strapaziert wieder einmal Nerven, Gemüter und Hilfsbereitschaft seiner parlamentarischen Garde".

"Capital" / Köln / Juli 1971

"Ich finde die Frage immer ziemlich töricht", sagt der CSU-Chef, "wo denn die CDU/CSU ihren Schiller habe. Wenn man die Summe der Vorteile und die Summe der Nachteile gegeneinander aufwiegt, kommt man zu dem Schluß, daß der CDU/CSU vieles erspart geblieben ist, weil sie keinen Schiller hatte".

Doch nicht nur an den sachlichen Zuständigkeiten, sondern auch an den fachlichen Fähigkeiten seines alten Mitsreiters Schiller hat Strauß einiges auszusetzen. Plisch, wie der Journalist Dr. Felix Rexhausen den Finanzminister a.D. nach Wilhelm Buschs Pudelhund einst nannte, verbellt den Wirtschaftsminister Flum: "Zwischen seiner Fähigkeit, für viele Leute unverständliche, aber magisch klingende Worte zu erfinden, und seiner Fähigkeit, wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, sollte streng unterschieden werden".

Laut Strauß war Schiller nur so lange gut, wie er von Strauß ge-

bremst wurde. Noch 1968, so ergötzt sich der Bayer heute an historischen Irrtümern des Hansesaten, habe der Wirtschaftsminister 'in völliger Verknennung der Konjunkturlage' seinen dritten Konjunkturhaushalt auflegen wollen und so einen noch viel heißeren Boom angeheizt, wenn Strauß nicht widersprochen hätte.

Die Chancen der CDU/CSU, den Teufel in Sonn auszutreiben, wollen laut Strauß wohlberechnet sein: 'Schiller ist ja auch kein Dummkopf und hat bis 1973 ein genaues Timing für geschickte Wahlmanöver. Seine Chancen, für sich und Brandt die Wahl zu gewinnen, stünden 50 zu 50 - wenn wir nicht wären. Denn wir werden Öl ins Feuer schütten'."

"Bunte Illustrierte"/ 6. Juli 1971

"Herr Schiller ist für seine Versprechungen sowie für seine Wortschöpfungen bekannt, leider weniger für seine Erfolge. Seinem Versprechen, 'die D-Mark stabil zu machen', muß daher mit größter Skepsis begegnet werden. Noch in seiner Wirtschaftsprojektion im Finanzbericht 1969 hat Herr Schiller die Preisrate des Brutto-sozialprodukts, die alle Waren und Leistungen umfaßt, als den besten Maßstab für den Grad der Preisstabilität angesehen... Die im Jahreswirtschaftsbericht genannten Preisraten des Sozialprodukts von vier bis fünf Prozent für 1971 sind längst überholt".

Wählt Herr Schiller es wirklich für ein widerspruchsfreie und glaubwürdige Politik, wenn er jetzt eine stabilitäts- und produktivitätsorientierte Lohnpolitik fordert, um im Gegensatz dazu vor noch nicht zwei Jahren - nämlich im August 1969 - in der IG-Metall-Zeitschrift die Gewerkschaften 'zum kräftigen Schluck aus der Pulle' aufzufordern? Er wollte die Preisstabilität und Stabilität, sondern die nominale Entwicklung des Sozialprodukts einschließlich aller Preissteigerungen zum Maßstab der Lohn erhöhungen und forderte eine prozyklische Lohnpolitik. Er sagte damals wörtlich: 'Löhne und Gehälter müssen stärker steigen, wenn das reale und nominale Wachstum der Volkswirtschaft sich beschleunigt. Alles andere wäre ein Verstoß gegen die soziale Symmetrie'. Die Antwort, weshalb seine konzertierte Aktion letztlich gescheitert ist, hat er kurze Zeit später im 'Weser-Kurier' vom 11. September 1969 gegeben: 'Die konzertierte Aktion kann keinen Ersatz für fehlende Grundentscheidungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik darstellen. Sie setzt eine in sich widerspruchsfreie Globalsteuerung voraus. Deshalb gilt nach wie vor: Die gesamtwirtschaftliche Übernachfrage muß abgebaut werden. Die Mittel der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen eingesetzt werden. Die Regierung braucht nur zu regieren. Der Herr Bundeskanzler braucht nur die Richtlinie 'Nein' in die Richtlinie 'Ja' zu verändern. Es stärkt die Staatsautorität, wenn man in der Lage ist, die Politik angesichts der tatsächlichen Entwicklung zu korrigieren."

Diesen Schillerworten ist wenig hinzuzufügen. Alle Maßhalteappelle müssen wirkungslos verpuffen, wenn die Regierung dort, wo sie selbst die Preisentwicklung beeinflussen kann, nämlich in ihrer Finanz- und Haushaltspolitik, die Dinge laufen läßt und beispielsweise in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit rund 19 Prozent eine geradezu erschreckend konjunkturwidrige Steigerung zuläßt...

(Fortsetzung folgt am 8. August 1972)